

**Geschäftsführung  
Ausschuss für Soziales, Familie und  
Gesundheit**

Es informiert Sie	Anita Kretschmer
Telefon (0202)	563 2224
Fax (0202)	563 8015
E-Mail	anita.kretschmer@stadt.wuppertal.de
Datum	18.02.11

**Niederschrift**

**über die öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Ausschusses Soziales, Familie und Gesundheit (SI/0365/11) am 10.02.2011**

Anwesend sind:

**Vorsitz**

Herr Arnold Norkowsky ,

**von der CDU-Fraktion**

Herr Dirk Kanschat , Frau Gabriele Krause , Herr Günter Pott , Herr Michael Wessel ,

**von der SPD-Fraktion**

Herr Wilfried Michaelis , Herr Andreas Mucke , Frau Christa Stuhldreiter ,

**von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

Frau Ilona Schäfer , Herr Marcel Simon ,

**von der FDP-Fraktion**

Frau Eva Schroeder ,

**von der Fraktion DIE LINKE**

Herr Gerd-Peter Zielezinski,

**von der WfW. Fraktion**

Frau Kirsten Kroll

**Mitglied mit beratender Stimme**

Herr Hans Bernd Engels,

**als sachkundige Einwohner/in**

Herr Reinhard Fliege, Herr Frank Gottsmann, Herr Dr. Christoph Humburg, Herr Thomas Isenberg, Herr Jörg Slopianka ,

**Vertreter/innen der Verwaltung**

Herr Beigeordnete Harald Bayer, Frau Roswitha Brauer, Herr Mathias Buntrock-Schweer, Frau Karin Hoeltz, Frau Marianne Krautmacher, Herr Beigeordneter Dr. Stefan Kühn, Herr Michael Lehnen, Herr Gerhard Meier, Herr Dr. Patelis Petrakakis, Frau Katja Rosenkranz, Frau Dr. Michaela Schönhärl-Mönks, Herr Stadtdirektor Dr. Johannes Slawig, Herr Uwe Temme, Frau Bärbel Weisz, Frau Dr.Ute Wenzel,

**Schriftführerin**

Frau Anita Kretschmer ,

Beginn: 16:00 Uhr

Ende: 18.40 Uhr

Der Vorsitzende stellt fest, dass die Einladung fristgerecht zugegangen ist.  
Er verweist auf die ausgelegten Informationen und Vorlagen:

- Zu TOP 3.2 Handlungskonzept zur Wuppertaler Behindertenpolitik: Beschluss des Beirates der Menschen mit Behinderungen
- Zu TOP 5 Ergänzung: Bericht der Steuerungsgruppe Bergische Zusammenarbeit vom 9.02.11
- Zu Top 10 Ziele und Kennzahlen zum Haushaltsplan 2012/2013 GB 21. VO/0099/11
- Neu:
- Menschen mit Behinderung auf dem ersten Arbeitsmarkt, große Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 03.02.11 VO/0151/11
- Beantwortung der Anfrage VO/0151/11/1-A

Beig Dr. Kühn gibt bekannt, dass die Beantwortung der Frage Nr. 9 der Großen Anfrage nach der Sitzung erfolgen wird.

Die Tagesordnung wird entsprechend erweitert.

Die Beratungsfolge wird einvernehmlich geändert: Die Tagesordnungspunkte 5, 6 und 11 werden unmittelbar nach TOP 1 beraten.

## **I. Öffentlicher Teil**

---

### **1 Gespräch mit Herrn Stadtdirektor Dr. Slawig**

Herr Stadtdirektor Dr. Slawig berichtet über die Rahmenbedingungen der Haushaltskonsolidierung und die Vorgaben der Kommunalaufsicht für die Bewirtschaftung des städtischen Haushalts. Er unterscheidet die Pflichtaufgaben der Höhe nach, die Pflichtaufgaben dem Grunde nach und die freiwilligen Leistungen sowie die damit verbundenen unterschiedlichen Verfahrensvorgaben. Bestehende freiwillige Leistungen müssen zurückgeführt werden, neue freiwillige Leistungen sind nicht zulässig. Externe Einstellungen sind grundsätzlich untersagt, es sei denn für Pflichtaufgaben und müssen im Einzelfall bei der Bezirksregierung beantragt werden.

Herr Stadtdirektor Dr. Slawig prognostiziert, dass bis zum Jahre 2014 400-500 Stellen nicht wieder besetzt werden.

Das Personalentwicklungskonzept besteht aus drei Stufen:

1. Katalogisierung der Aufgaben in Abstimmung mit den Geschäftsbereichen
2. Priorisierung der Aufgaben im Abstimmung mit der Politik
3. Zuordnung der Ressourcen zu den Aufgaben

Punkt 1 ist inzwischen erledigt; die Ergebnisse zu Punkt 2 werden im April oder Mai diesen Jahres dem Rat der Stadt vorgelegt.

Zur Personalsituation im Bereich des Gesundheitsamtes berichtet Stadtdirektor Dr. Slawig, dass die Stelle im Zahnärztlichen Dienst aktuell besetzt worden ist. Im Bereich Kinder- und Jugendärztlicher Dienst wird die freie Stelle zum 01.04. neu besetzt. In der Versorgungsverwaltung liegt die Genehmigung der Kommunalverwaltung vor, das Besetzungsverfahren muss noch durchgeführt werden.

---

### **2 Sachstandsbericht über das Kooperationsprojekt der drei bergischen Gesundheitsämter Große Anfrage der FDP-Fraktion vom 27.01.2011 Vorlage: VO/0114/11**

- 
- 2.1 Sachstandsbericht über das Kooperationsprojekt der drei bergischen Gesundheitsämter**  
**Antwort auf die Große Anfrage der FDP-Fraktion vom 27.01.2011**  
**Vorlage: VO/0114/11/1-A**
- Der aktuelle Sachstandsbericht über das Kooperationsprojekt der drei Bergischen Städte ist ausgelegt worden.  
Frau Stv. Schäfer regt an, den Leiter der Projektgruppe, den Remscheider Stadtdirektor Mast- Weisz zur Sitzung des Ausschusses einzuladen, wenn in ca. 8 Wochen das Modell zu Kooperationsmöglichkeiten der bergischen Gesundheitsämter vorliegt.
- Entgegennahme ohne Beschluss.
- 
- 3 Hygieneüberwachung nach dem Gesetz über den öffentlichen Gesundheitsdienst**  
**Große Anfrage der FDP-Fraktion vom 27.01.2011**  
**Vorlage: VO/0116/11**
- 
- 3.1 Hygieneüberwachung nach dem Gesetz über den öffentlichen Gesundheitsdienst**  
**Antwort auf die große Anfrage der FDP-Fraktion vom 27.01.2011**  
**Vorlage: VO/0116/11/1-A**
- Die Vertreter der Fraktionen bemängeln die pauschale Beantwortung ohne Bewertung und Bezug. Die Verwaltung wird einvernehmlich gebeten, das Thema für die nächste Sitzung noch einmal aufzuarbeiten.
- 
- 4 Ziele und Kennzahlen zum Haushaltsplan 2012/2013 der Stadt Wuppertal - GB 1.1**  
**hier: SB 305**  
**Vorlage: VO/0130/11**
- Die Beratung der Vorlage wird einvernehmlich auf die nächste Sitzung vertagt.
- 
- 5 Ziele und Kennzahlen zum Haushaltsplan 2012/2013 der Stadt Wuppertal - GB 2.1**  
**Vorlage: VO/0099/11**
- Die Beratung der Vorlage wird einvernehmlich auf die nächste Sitzung vertagt.
- 
- 6 Vorstellung von Herrn Dr. Petrakakis, neuer Zahnarzt im Gesundheitsamt, Kurzdarstellung des zahngesundheitlichen Prophylaxe- und Präventionskonzepts, mündlicher Bericht**
- Herr Dr. Petrakakis stellt sich als Person und sein zahngesundheitliches Prophylaxe- und Präventionskonzept vor.
- 
- 7 Inklusion**
- 
- 7.1 Antrag des Beirates der Menschen mit Behinderung zur Umsetzung der UN Behindertenrechtskonventionen**  
**Vorlage: VO/1036/10**
- Durch die Beschlussfassung VO/0028/11 und VO/0158/11 erledigt.

---

**7.2 Handlungskonzept zur Wuppertaler Behindertenpolitik  
Vorlage: VO/0080/11**

Durch die Beschlussfassung VO/0028/11 und VO/0158/11 erledigt.

---

**7.3 Sachstandsbericht Inklusion  
Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 12.01.2011  
Vorlage: VO/0028/11**

Siehe erweiterte Beschlussfassung VO/0158/11.

---

**7.3.1 Antrag zu Tagesordnung, Tagesordnungspunkt 3.3 Sachstandsbericht  
Inklusion  
Antrag der Fraktionen von CDU und SPD vom 4.2.2011  
Vorlage: VO/0158/11**

Beschluss des Ausschusses für Soziales, Familie und Gesundheit vom  
10.02.2011:

Dem Ausschuss für Soziales, Familie und Gesundheit ist spätestens in der Sitzung am 30.06.2011 ein Sachstandsbericht zum Thema Inklusion vorzulegen. Dieser soll den Status Quo der Stadt Wuppertal auf dem Weg zu einem inklusiven Gemeinwesen aufzeigen.

Dabei soll dargestellt werden, inwieweit die MitarbeiterInnen der Verwaltung und der städtischen Tochtergesellschaften die Zielsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention angemessen berücksichtigen, aber auch inwieweit nach Einschätzung der Verwaltung das Thema Inklusion in der Bevölkerung verankert ist.

Der o. g. Sachstandsbericht macht die Eckpunkte des Antrages des Beirates der Menschen mit Behinderung „Handlungskonzept zur Wuppertaler Behindertenpolitik, VO/0080/11“ zur Grundlage seiner Darstellungen. Der Sachstandsbericht sollte auch dem Beirat zur Beratung vorgelegt werden.

Einstimmigkeit.

---

**8 Kostenerstattung für Verhütungsmittel  
Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 20.01.2011  
Vorlage: VO/0065/11**

Die CDU und die SPD- Fraktionen sprechen sich gegen den Antrag aus. Frau Stv. Schäfer beantragt, über Punkt 3 getrennt abstimmen zu lassen.

Beschluss des Ausschusses für Soziales, Familie und Gesundheit vom  
10.02.2011:

Hauptausschuss und Rat der Stadt wird empfohlen, wie folgt zu beschließen:

Die Stadt Wuppertal setzt sich auf Landes- und auf Bundesebene dafür ein, dass verschreibungspflichtige Verhütungsmittel für die unter Punkt 1 genannten Frauen kostenlos zur Verfügung gestellt werden müssen und der Regelsatz entsprechend angepasst wird.

Stimmenmehrheit gegen die Stimme der FDP- Farktion.

1. Die Verwaltung wird gebeten zu prüfen, inwieweit eine Kostenerstattung für Verhütungsmittel für bedürftige Frauen (nach SGB II, SGB XII und nach AsylbLG) durch die Sozialverwaltung möglich ist. Dazu wird die Verwaltung beauftragt, Gespräche mit potenziellen Sponsoren zu führen, die eine solche Regelung bis zu einer endgültigen Entscheidung auf Bundesebene finanziell unterstützen würden.

Als erste sollten hier Unternehmen im Bereich der Krankenversicherungen angesprochen werden.

2. Sollte eine vollständige Finanzierung an den erforderlichen Mitteln scheitern, wird die Verwaltung gebeten zu prüfen, ob eine anteilige Kostenübernahme ermöglicht werden kann.

Abgelehnt mit Stimmenmehrheit gegen die Stimmen der Fraktion Bündnis 90/  
Die Grünen und der Fraktion Die Linke

- 
- 9** **Jahresbericht 2010 der Kontakt- und Beratungsstelle für Selbsthilfegruppen**  
**Vorlage: VO/0037/11**  
Entgegennahme ohne Beschluss.
- 
- 10** **Gebührenerhebung nach dem Wohn- und Teilhabegesetz NRW**  
**Vorlage: VO/0077/11**  
Entgegennahme ohne Beschluss.
- 
- 11** **Jahreskurzbericht 2010 des Sozialpsychiatrischen Dienstes Wuppertal**  
**Vorlage: VO/0102/11**  
Beig. Bayer verweist auf die ausgelegten Balkendiagramme, die über die Entwicklung der Patientenzahlen, über die Altersgruppen und die Verteilung nach Krankheitsbildern informieren. Die Informationen werden dem Protokoll beigelegt.  
  
Entgegennahme ohne Beschluss.
- 
- 12** **Menschen mit Behinderung auf dem ersten Arbeitsmarkt**  
**Vorlage: VO/0151/11**
- 
- 12.1** **Antwort auf die Große Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 03.02.2011**  
**- Menschen mit Behinderung auf dem ersten Arbeitsmarkt**  
**Vorlage: VO/0151/11/1-A**  
Auf Anregung von Frau Schäfer wird die Beratung der Vorlage einvernehmlich vertagt.  
  
Der Vorsitzende weist darauf hin, dass die Anlagen wegen des Aufwands nicht ausgelegt worden sind. Sie können im RIS eingesehen werden.
- 
- 13** **Bericht aus dem Beirat der Menschen mit Behinderungen**  
Herr Engels informiert darüber, dass am 26.03. in der Sporthalle an der Gathe ein Selbstbehauptungstraining für Menschen mit Behinderung stattfindet. Er weist auch auf den 6. Tag der Menschen mit Behinderung am 6.05. hin. Außerdem teilt er mit, dass für einen Lifter im Schwimmbad Röttgen insgesamt 10 Tausend € benötigt werden, von denen 7 Tausend durch Sponsoren gesichert sind. Herr Engels berichtet über die stattgefundene Tagung zum Thema Inklusion und verweist auf die ausgelegte Dokumentation.

---

**14 Bericht aus dem Seniorenbeirat**

Herr Temme teilt mit, dass eine Seniorenbeiratssitzung stattgefunden hat mit folgenden Themen: multiresistente Erreger, Handlungsprogramm Demografischer Wandel und Seniorenangebote bei der Bergischen VHS:

---

**15 Mitteilungen der Verwaltung**

Herr Beig Dr. Kühn berichtet zum Stand Familienkarte, dass vorgesehen ist, diese Idee dem Bündnis für Familien vorzustellen und einen Verein zu etablieren, um die Familienkarte zu entwickeln und zu finanzieren. Über die weitere Entwicklung wird er informieren.

---

**16 Verschiedenes**

Keine Wortmeldungen.

Arnold Norkowsky  
Vorsitzender

Anita Kretschmer  
Schriftführerin